

Fiedler, Anke; Meyen, Michael (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen*. Münster: LIT Verlag 2011. ISBN: 978-3-643-11077-0; 334 S.

Rezensiert von: Stefan Matysiak, Göttingen

Betrachtungen der DDR-Presse erfolgten aus westlicher Sicht traditionellerweise aus zwei Blickrichtungen: Sie waren zum einen von dem Ziel getragen, diesen Medien eine totalitäre Funktion nachzuweisen. Zum anderen versuchten sie, das Pressesystem von innen heraus zu beschreiben und seine Funktionsweisen zu verstehen.¹ Einen weiteren Ansatz wählen Anke Fiedler und Michael Meyen in dem von ihnen herausgegebenen Sammelband, der bereits in seinem Titel *DDR-Zeitungen als PR-Instrument der Staatsführung* bezeichnet. Damit wird das Funktionieren des ostdeutschen Pressesystems nicht von innen heraus, sondern mit einem für das westliche Mediensystem entwickelten Ansatz begriffen.

Die DDR-Zeitungen werden dabei als eine Art „Public Relations“ (PR) für das Unternehmen DDR aufgefasst, wobei Public Relations mit Klaus Merten als „Differenzmanagement zwischen Fakt und Fiktion“ gesehen wird, was Öffentlichkeitsarbeitern zu „professionellen Konstrukteuren fiktionaler Wirklichkeiten“ macht. Ihre Aufgabe ist es, „Sachverhalte stets in positiver Tönung“ darzustellen, um die Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu steuern.² In diesem Sinne wollen auch Fiedler/Meyen das Medienhandeln bzw. die politische PR der Partei- und Staatsführung als Produktion von „Fiktion“ verstanden wissen, mit der die SED die Bevölkerung manipulieren wollte (S. 17). Nicht nur der Titel des Sammelbandes, auch dessen Vorwort weist dem PR-Begriff als theoretische Grundlage eine zentrale Rolle zu.

Dass es sich bei Produktion von Fiktion um ein Bündel komplexer und miteinander verschränkter Maßnahmen der Medienkontrolle handelte, versucht im ersten Aufsatz des Sammelbandes Kristin Vogel zu verdeutlichen („Die Differenz zwischen Realität und Berichterstattung“, S. 25-58). Sie unter-

sucht am Beispiel der Explosion eines wichtigen Kohlevergasungsbetriebs und der polnischen Oppositionsbewegung des Jahres 1980, wie in den Medien „fiktionale Wirklichkeit“ (S. 27) konstruiert wurde. Bei diesen Krisenereignissen kam es danach zu einer wachsenden Differenz zwischen einerseits den Einschätzungen der SED-Führung und andererseits der Berichterstattung. Sowohl die Ursachen wie auch die wirtschaftlich nicht unerheblichen Folgen der Explosion des Kohleveredlers wurden in der Presse unzureichend thematisiert, stattdessen jedoch die Leistungen der Werktätigen bei der Krisenbewältigung herausgestellt. Vogel kommt zu dem Schluss, dass das SED-Politbüro zwar nicht log, aber einerseits nicht schnell genug reagierte, andererseits durch das Schaffen von Pseudo-Ereignissen von der eigentlichen Krise ablenkte. So sollten die Zeitungen ihrer PR-Aufgabe nachkommen, Krisenereignisse zu verschleiern.

Während im ersten Aufsatz der Begriff Krisen-PR gar nicht fällt, widmet sich Ann-Marie Göbel am Beispiel des Mauerbaus explizit der Krisenkommunikation („Krisen-PR im ‚Schatten der Mauer‘“, S. 165-193). Die Staats- und Parteiführung habe mit dem 13. August 1961 angesichts „möglicher Missstimmungen und Eskalationen“ (S. 169) nach PR-Kriterien eigentlich vor der Aufgabe gestanden, der Öffentlichkeit den Mauerbau offen und wahrhaftig zu vermitteln. Göbel untersucht, wie die DDR-Zentralorgane den Mauerbau kommunizierten und inwieweit es die von der Krisen-PR verlangte zielgruppenspezifische Ansprache gab. Letztere sieht Göbel erfüllt, indem die Zeitungen entsprechend ihrer unterschiedlichen Leserschaft argumentierten. Das Ziel, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu erreichen, sei jedoch verfehlt worden, da es den Zeitungen an der dafür nötigen Ehrlichkeit mangelte. Statt der notwendigen

¹ Vgl. Wilfried Scharf, Zur wissenschaftlichen Behandlung der DDR-Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland. Theoriedefizit, in: Rolf Geserick / Arnulf Kutsch (Hrsg.), Publizistik und Journalismus in der DDR. Acht Beiträge zum Gedenken an Elisabeth Löckenhoff (Kommunikation und Politik, Bd. 20) München 1988, S. 37-60.

² Klaus Merten, Zur Definition von Public Relations, in: Medien & Kommunikationswissenschaft 56 (2008), Heft 1, S. 42-59, hier S. 55.

Selbstkritik habe es die Leugnung vorhandener Probleme gegeben, was das Vertrauen untergrub. Da die in den Medien vermittelte und die individuell erlebte Realität nicht übereingingen, habe die Krisen-PR scheitern müssen. Die Mauerkrise habe deshalb bis 1989 weiter existiert.

Dass es bei der PR vor allem darum geht, Glaubwürdigkeit zu erzielen, um Überzeugung und Vertrauen zu erzeugen, ist auch die Erklärungskategorie, mit der Göbel in einem weiteren Aufsatz („Lob für die Täuschung, Rüge für die Wirklichkeit?“, S. 85-106) analysiert, wie im Sinne der DDR-Führung gute Pressearbeit auszusehen hatte. Sie kommt dabei zu dem Schluss, den SED-Verantwortlichen sei es vor allem um eine an den Leserwünschen orientierte Aufbereitung der Zeitungstexte gegangen. Die Bevölkerung sollte zu Wort kommen, große Bilder sollten Zeitungstexte optisch aufwerten und der Schreibstil abwechslungsreich sein. Damit sollte darüber hinweggetäuscht werden, dass keine Inhalte erschienen, die den Interessen der DDR-Führung zuwider liefen. Göbel erkennt, dass die formalen Vorgaben im Sinne politischer PR „den Erkenntnissen der Glaubwürdigkeitsforschung komplett widersprachen“ (S. 104). Unabhängig von der Tatsache, dass viele Informationen durch Westmedien anders dargestellt wurden, habe es sich damit bei den DDR-Zeitungstexten um schlechte PR gehandelt.

Weil sich politische PR mit den Interessen der Staats- und Parteiführung verändert haben dürfte, untersucht Anke Fiedler in ihrem Aufsatz („Wenn aus Feinden plötzlich Freunde werden“, S. 135-163), wie sich die Berichterstattung der Zentralorgane zwischen 1950 und 1989 entwickelte. Fiedler konstatiert, „dass sich die Veränderung der politischen Interessen, die an die jeweilige außen- bzw. innenpolitische Situation gekoppelt waren, in den Inhalten der Zeitungen widerspiegelte“ (S. 161). Gegen Ende der DDR sei der Unterschied zwischen Fakt und Fiktion zwar geringer gewesen, wurde von der Bevölkerung jedoch nicht toleriert und war, als PR begriffen, insofern wirkungslos.

Als PR-Event begreift Kathrin Kirchler in ihrem Aufsatz die X. Weltjugendfestspiele des Jahres 1973 („Die Festivalidee wird in alle

Richtungen der Windrose getragen“, S. 245-268). Die Medien seien als PR-Instrument genutzt worden, um die Veranstaltung als ‚neues Woodstock‘ zu zeichnen. Die Festivität habe dabei nicht den Marketingaktivitäten eines Unternehmens, sondern denen der DDR gedient. Derlei PR-Events sollen den Teilnehmern einen emotional aufgeladenen Mehrwert schaffen und so das Image der Veranstalter verbessern. Die Autorin kommt in ihrem Fazit zwar zu der Erkenntnis, dass die untersuchten Zeitungen die Weltjugendfestspiele sehr unterschiedlich zur Systemauseinandersetzung zwischen Ost und West nutzten, sie unterlässt es jedoch, dem Marketingwert der Jugendfestspiele nachzugehen.

Wie DDR-Zentralorgane im Sinne politischer PR zwischen Realität und Fiktion vermittelten, beleuchtet auch Oren Osterer am Beispiel des Sechstagekriegs („Speerspitze von Imperialismus und Weltreaktion“, S. 195-214). Die SED-Führung habe die Presse dazu genutzt, „um bei den Arabern durch eine israelfeindliche Berichterstattung Sympathien zu sammeln“ (S. 213). Israel wurde zum Aggressor erklärt, Ziel des Krieges sei der Zugang zu Ölvorräten gewesen. Während sich der Bezug zur PR in diesem Aufsatz am Ende auf eine Zeile reduziert, befassen sich die weiteren Beiträge des Sammelbandes mit diesem theoretischen Bezugsrahmen teilweise nicht einmal mehr am Rande. Rüdiger Müller erläutert, dass die Argumentationshinweise der SED-Abteilung für Agitation vom SED-Organ „Neues Deutschland“ eher umgesetzt wurden als von Blockparteiblättern. Cornelia Landes kommt zu der Erkenntnis, dass Sportjournalisten mehr Freiheiten hatten als die Kollegen anderer Ressorts. Marina Schweizer erläutert, dass die Zeitungen die DDR-Künstler leiten sollten. Und Kristin Vogel stellt heraus, dass auch das LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands)-Zentralorgan „Der Morgen“ in der Spätphase der DDR nicht kritischer war als andere Zeitungen.

Sofern sie sich tatsächlich auf die PR als theoretischen Bezugsrahmen beziehen, kommen die Aufsätze letztendlich zu dem Schluss, dass die SED-Führung nicht nach PR-Maßstäben handelte. Um als PR gelten zu können, mangelte es den der Bevölkerung vermittelten Inhalten an der notwendi-

gen Wahrhaftig- und Glaubwürdigkeit. Die Staats- und Parteiführung agierte in diesem Sinne nicht wie „professionelle Konstrukteure fiktionaler Wirklichkeiten“ (S. 17), was den theoretischen Bezugsrahmen zumindest praktisch fraglich erscheinen lässt. Zwar wurde in den Aufsätzen die DDR-Medienpolitik (teilweise) mit den Maßstäben westlicher PR gemessen, die SED hatte aber andere Grundsätze. Ein Beleg, dass die PR-Maßstäbe nicht passen?

18.05.2012.

Der PR-Ansatz hat Meyen Kritik eingebracht, verstößt er doch gegen einen zentralen Grundsatz des Systemkonflikts, wonach die Suche nach strukturellen Parallelen zwischen beiden Staaten unpassend ist. Der Ansatz bedeutete nach Gunter Holzweißig den Versuch „im Nachhinein dem SED-Staat eine bürgerliche Normalität anzudichten, die es nie gab“.³ Jürgen Wilke kritisierte ebenfalls, mit der Beschreibung der DDR-Presseinhalte als politische PR „wird ein westlicher Begriff verwendet, der einem ganz anderen Systemzusammenhang entstammt“.⁴

Nun muss dies kein Grund sein, für die Medienanalyse auf die Suche nach parallelen Strukturen zu verzichten, der Weg bedürfte jedoch weitergehender Reflexion. Ernst genommen wirft der von Fiedler/Meyen genutzte theoretische Bezugsrahmen beispielsweise die Frage auf, inwieweit die in Westdeutschland bis in die 1970er-Jahre erschienenen SPD-Tageszeitungen, der christsoziale „Bayernkurier“ oder die katholische „Tagespost“ ebenfalls als PR zu bezeichnen sind. Dass die Autoren Fiedler/Meyen ihrer These selbst nicht ganz trauen, legt allerdings das Nachwort nahe, in dem der Begriff PR nicht weiter behandelt wird und auch die Ergebnisse der einzelnen Aufsätze nicht in den theoretischen Bezugsrahmen eingeordnet werden. Eine tiefere theoretische Ausarbeitung der DDR-Kommunikationspolitik als Form der Organisationskommunikation bzw. der PR unterbleibt.

HistLit 2012-2-120 / Stefan Matysiak über Fiedler, Anke; Meyen, Michael (Hrsg.): *Fiktionen für das Volk: DDR-Zeitungen als PR-Instrument. Fallstudien zu den Zentralorganen Neues Deutschland, Junge Welt, Neue Zeit und Der Morgen*. Münster 2011, in: H-Soz-Kult

³ Gunter Holzweißig, Jeder Affe konnte eingreifen. Journalismus in der DDR. Rezension zu Michael Meyen und Anke Fiedler: Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR. Berlin 2011, in: Horch und Guck 72 (2011), Heft 2, S. 78-79, hier S. 79.

⁴ Jürgen Wilke, Rezension zu Stefan Zahlmann (Hrsg.), „Wie im Westen, nur anders. Medien in der DDR“, Berlin 2010, in: Publizistik 55 (2010), Heft 4, S. 459f., hier S.459.